

Kompass für die Schweiz

Die Schweiz im Jahr der Pandemie: Resultate und
Interpretationen zum Credit Suisse Sorgenbarometer 2020



01

Vorwort von André Helfenstein

02

Einleitung von Manuel Rybach

04

**Sorgen: Zusammenrücken
in der Krise**

10

**Vertrauen: Versorgungssicherheit
für die Schweiz**

16

Europa: Gestärkte Willensnation

20

**«Wir müssen als Land trotz Covid-19
zusammenhalten»** Bundesrat
Guy Parmelin im Sorgenbarometer-
Gespräch mit Manuel Rybach

26

Finanzflüsse nachhaltig gestalten
von Sabine Döbeli

29

Den Ruhestand überdenken
von Sara Carnazzi Weber

31

**«Switzerland first» als ökonomischer
Irrweg** von Peter Grünenfelder

34

Driftet Europa auseinander?
Europa Forum Luzern

36

Jugend 2020: Politisch und vernetzt

Herausforderungen gemeinsam meistern



Liebe Leserin, lieber Leser

Es ist ein Jahr wie kein zweites für die Welt, aber auch für die Schweiz. Die Covid-19-Pandemie verändert unser Alltagsleben, unser Arbeiten und unser Konsumverhalten. Drastische Einschnitte in das tägliche Leben sollen helfen, das Coronavirus einzudämmen. Die zweifellos weitreichenden Auswirkungen auf Wirtschaft, Politik und Gesellschaft werden vermutlich länger anhalten.

Darüber hinaus hat die Schweiz weitere komplexe Aufgaben zu lösen: Unsere Unternehmen müssen sich mit Innovationskraft und Effizienz im internationalen Wettbewerb behaupten. Der demografische Wandel und tiefe Zinsen stellen unsere Altersvorsorge vor grosse Herausforderungen. Und es gilt, die Beziehungen zur Europäischen Union, unserem wichtigsten Handelspartner, zu sichern.

Seit 1976 erstellt das Forschungsinstitut gfs.bern im Auftrag der Credit Suisse jährlich das bekannte Sorgenbarometer, welches die Befindlichkeit der Schweizerinnen und Schweizer misst: Was sind unsere grössten Probleme? Womit identifizieren wir uns? Was sind unsere Erwartungen an die politischen Institutionen? Sind wir stolz auf die Wirtschaft?

Mit dieser repräsentativen Volksbefragung möchte die Credit Suisse einen konstruktiven Beitrag zur öffentlichen und politischen Debatte in unserem Heimmarkt leisten. Die Resultate der diesjährigen Befragung, welche wir mit grosser Spannung erwartet haben, werden im «Kompass für die Schweiz» eingeordnet und Bundesrat Guy Parmelin sowie verschiedene Gastautoren geben ihre Einschätzung zum Umgang mit zentralen Herausforderungen.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre – ob zu Hause oder im Büro.

ANDRÉ HELFENSTEIN
CEO Credit Suisse (Schweiz) AG

Sorgen in Zeiten von Covid-19

EINLEITUNG ____ Das Covid-19-Virus hat auch beim traditionellen Sorgenbarometer der Credit Suisse seine Spuren hinterlassen. Die Kompass-Analyse ergibt aber, dass auch altbekannte Problempunkte nicht gelöst sind.

Von Manuel Rybach

Noch nie in der 44-jährigen Geschichte des Credit Suisse Sorgenbarometers hat ein Thema auf Anhieb zu so viel Besorgnis bei den Schweizerinnen und Schweizern geführt. Nicht einmal im Jahr 2001, als die Anschläge auf das World Trade Center in New York verübt wurden, wurde «Terror» häufiger als Sorge genannt. Es wird sicherlich nicht zu viel vorweggenommen, wenn die Hauptsorge in der Einleitung bereits verraten wird: die Corona-Pandemie und ihre Folgen.

Das Virus hat zurzeit die meisten Länder der Welt fest im Griff, so auch die Schweiz. Anfang November hatten sich hierzulande offiziell bereits über 180 000 Menschen mit dem Krankheitserreger angesteckt. Die Schutzmassnahmen im Alltag wie die Masken im öffentlichen Verkehr oder die Trennwände in Restaurants sind nicht mehr wegzudenken, und die Folgen der Pandemie werden uns noch lange beschäftigen.

Zwar wird die Schweizer Wirtschaft in diesem Jahr, wie unsere Ökonomen und Ökonomen schätzen, um rund vier Prozent schrumpfen. Im internationalen Vergleich hat sich die Schweiz damit aber bisher wirtschaftlich recht gut geschlagen. Dies verdankt das Land vor allem den schnell und effizient umgesetzten Massnahmen zur Abfederung der negativen Folgen. Die Kurzarbeitsentschädigungen sowie die gemeinsam von Politik und Banken in Rekordzeit aufgesetzten Covid-19-Kredite konnten ihre Wirkung rasch und unmittelbar entfalten. Zudem zeigten Arbeitgeber und Arbeitnehmer grosse Flexibilität und auch Kreativität im Umgang mit der neuen Situation.

Gewichtige Stimmen kommen zu Wort

Mit unserem «Kompass für die Schweiz» möchten wir die Resultate des diesjährigen Sorgenbarometers einordnen, auch mithilfe von Exponenten aus Politik und Wirtschaft. Die Stimme der Politik vertritt Bundesrat Guy Parmelin. Wir hatten die Gelegenheit, ein Interview mit dem Schweizer Wirtschaftsminister zu führen, um mit ihm über die Resultate des Sorgenbarometers, das gestiegene Vertrauen in die Regierung sowie seine persönlichen Wünsche für das nächste Jahr zu sprechen.



DR. MANUEL RYBACH

ist Managing Director und Global Head of Public Policy and Regulatory Affairs der Credit Suisse. Er hat an der Universität St. Gallen (HSG) in Staatswissenschaften promoviert, wo er auch als Lehrbeauftragter tätig ist.

Um die Sicht der Wirtschaft einzubringen haben wir wichtige Sorgen ausgewählt und diese von einer Gastautorin oder einem Gastautor genauer beleuchten lassen: Zum Thema Umwelt erklärt Sabine Döbeli von Swiss Sustainable Finance, wie der Finanzplatz beim Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft mithelfen kann und wo aus ihrer Sicht noch Handlungsbedarf besteht.

Zur Sorge um die AHV schreibt die Credit Suisse Ökonomin Dr. Sara Carnazzi vom grossen Wurf, den es brauchen würde, um die Altersvorsorge langfristig zu stabilisieren.

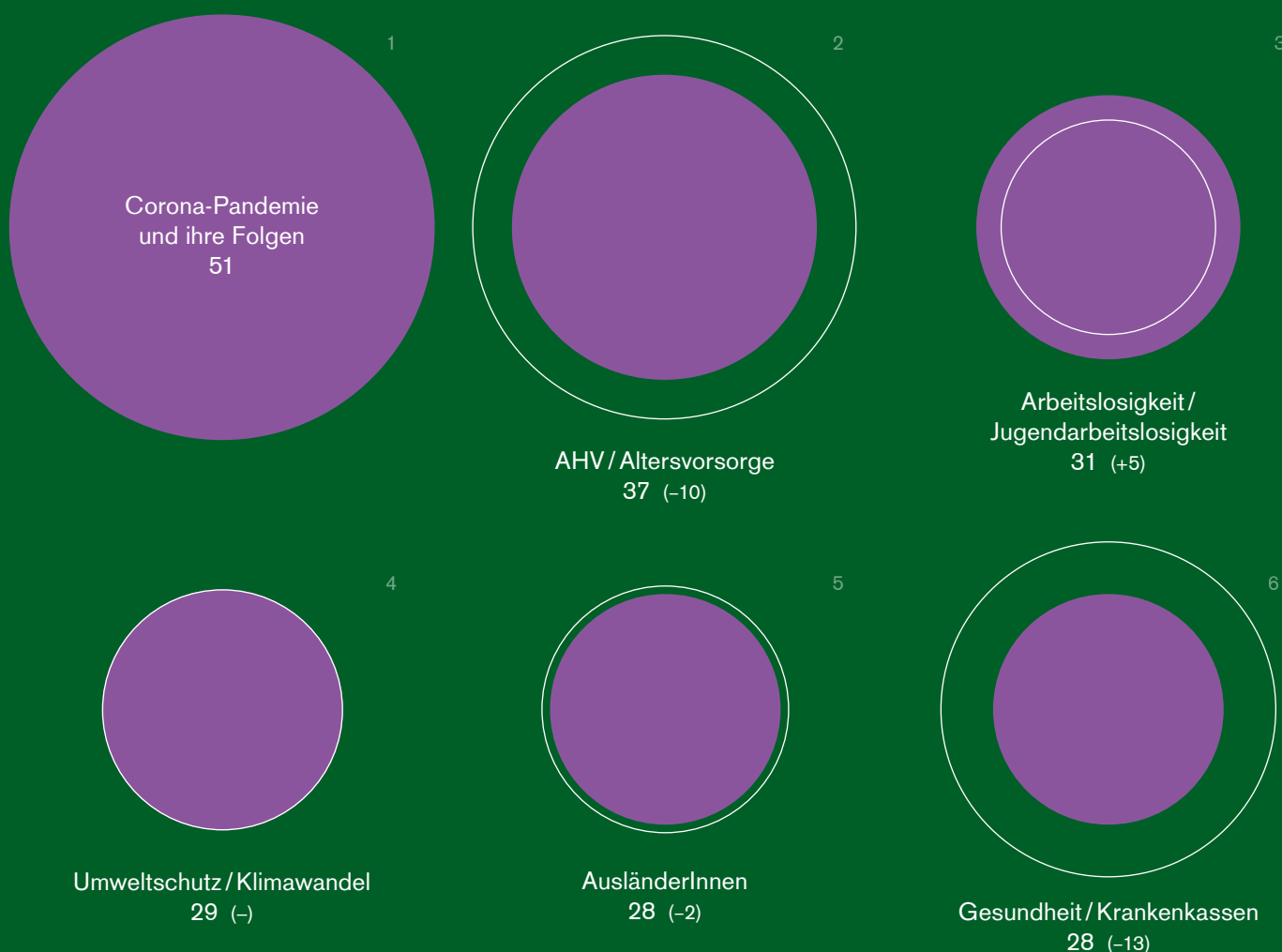
Avenir-Suisse-Direktor Dr. Peter Grünenfelder befasst sich mit der Versorgungssicherheit und geht der Frage nach, ob «Switzerland first» funktionieren würde.

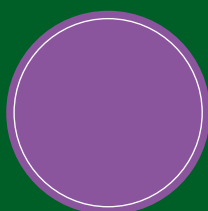
Zur Sorge um die Zukunft der Bilateralen und die Beziehungen zur EU analysiert das Europa Forum Luzern die aktuelle Situation und zeigt, wie wichtig Stabilität in Krisenzeiten für alle ist.

Das Sorgenbarometer der Credit Suisse bietet zusammen mit dem Jugendbarometer, dem Europa Barometer und dem Fortschrittsbarometer ein umfassendes und langjähriges demoskopisches Informationssystem zur Erfassung des gesellschaftlichen und politischen Pulses der Schweizer Bevölkerung. Mit den Barometer-Studien und der vorliegenden Publikation möchte die Credit Suisse einen konstruktiven Beitrag zur öffentlichen Diskussion über gesellschaftspolitisch relevante Themen leisten. Es würde uns freuen, wenn sich viele Bürgerinnen und Bürger aktiv daran beteiligen.

SORGEN — Die Covid-19-Pandemie prägt die Schweiz so stark wie seit Jahrzehnten kein anderer Faktor. Die neue Hauptsorge lässt die Schweizerinnen und Schweizer aber auch näher zusammenrücken.

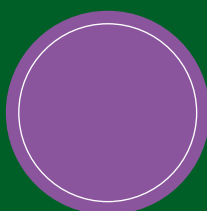
Zusammenrücken in der Krise





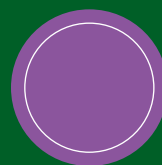
7

EU/Bilaterale/Integration
23 (+2)



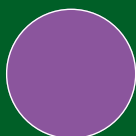
8

Flüchtlinge/Asyl
23 (+3)



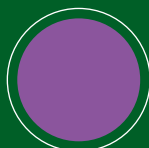
9

soziale Sicherheit
17 (+3)



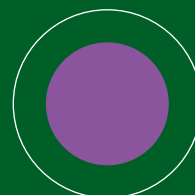
10

(Kern-)Energie/
Energieversorgung
14 (-)



11

Meinungsverschiedenheiten
mit der EU
13 (-3)



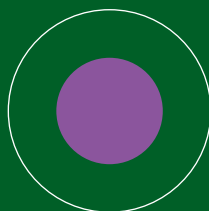
12

neue Armut
13 (-8)



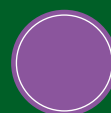
13

Globalisierung
12 (+6)



14

persönliche Sicherheit
11 (-12)



15

Rassismus/
Fremdenfeindlichkeit
11 (+1)



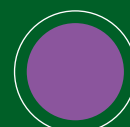
16

Inflation/Teuerung
10 (-2)



17

erhöhte Wohnkosten,
Anstieg Mietpreise
10



18

Drogen/Alkohol
10 (-3)



19

Löhne
8 (-3)



20

Verkehrsfragen/Staus/
Zukunft der Mobilität
8 (-)

1 Top 20

SORGEN «Welche dieser Probleme sind aus Ihrer Sicht für die Schweiz die wichtigsten?» [in % gerundet, Vorjahr, dargestellt durch weissen Kreis, Vergleich in Prozentpunkten]

N

och nie in der Geschichte des seit 1976 erhobenen Sorgenbarometers der Credit Suisse verzeichnete eine erstmals befragte Sorge einen derart hohen Einstiegswert wie die Covid-19-Pandemie. Sie wird von einer Mehrheit als eine der fünf Hauptsorgen des Landes bezeichnet [vgl. Grafik ●1]. Gleichzeitig bewirkte sie eine – inoffizielle – Neudefinition des spürbar verstärkten Sicherheitsbedürfnisses (siehe Seite 10).

51 Prozent sind allerdings kein historischer Rekordwert. Eine ernst zu nehmende Minderheit hat nach wie vor Mühe, das neue Phänomen einzuordnen und als Gefahrenpotenzial zu akzeptieren. «Es lassen sich auch markante Unterschiede zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen feststellen», erklärt Cloé Jans, Leiterin operatives Geschäft beim Forschungsinstitut gfs.bern. «Die Menschen, die über 70 Jahre alt sind oder über eine hohe Schulbildung verfügen, sorgen sich deutlich weniger um Corona als Personen mittleren Alters oder mit tiefer Bildung.»

37%

sorgen sich nach wie vor
um die Altersvorsorge.



Wie aber wird sich die Pandemie in Zukunft auswirken? Deutlich mehr als die Hälfte der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger befürchtet bis 2023 eine negative Entwicklung in Bezug auf Arbeitslosigkeit und Altersvorsorge [vgl. Grafik ●2]. Eher problematisch werden zudem die Auswirkungen auf den Tourismus, die Datenüberwachung der Bürger und die Exportwirtschaft betrachtet. «Neben allen Schwierigkeiten sind aber auch Themen der Zuversicht auszumachen. Gerade für die Arbeitswelt werden Chancen im Bereich Homeoffice und Digitalisierung erkannt und auch für die Gesundheitsversorgung, den Bankenplatz sowie die globale Zusammenarbeit in Wirtschaft und Politik überwiegt die positive Sicht», führt Cloé Jans aus. «Die Schweizerinnen und Schweizer sind gewillt, gestärkt aus dieser Krise herauszukommen. Drei von vier Stimm-



Die Suche nach der Normalität.
Blick in ein Westschweizer
Schwimmbad im Juni 2020.

berechtigten sind der Ansicht, die Pandemiekrise zeige, dass die Schweiz unter Druck immer zusammensteht und geeignete Lösungen findet.»

Auftrag noch nicht erfüllt

Die Dominanz der Covid-19-Thematik darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die grossen Reformbaustellen von vor der Krise nach wie vor bestehen und in der Wahrnehmung der Bevölkerung kaum an Dringlichkeit verloren haben. Die Sicherung der AHV (37 %, –10 pp) bleibt seit 2017 die Haupt Sorge der Schweiz, wenn man von der Pandemieproblematik absieht, und muss nach Ansicht von 8 Prozent der Bevölkerung an erster Stelle gelöst werden. →

2 Die Folgen der Pandemie

SICHT 2023 «Die Pandemie-Krise hat kurzfristig massive Veränderungen gebracht. Was denken Sie, wie einschneidend die Veränderungen in drei Jahren noch sein werden?»

■ sehr/eher negativ ■ keine Folgen
■ eher/sehr positiv □ weiss nicht/k. A. [in %]

Zahl der Arbeitslosen



Sicherheit der Altersvorsorge



Tourismus in der Schweiz



Datenüberwachung der Bürger



Schweizer Exportwirtschaft



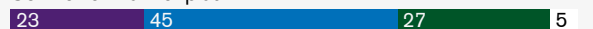
wirtschaftliche globale Zusammenarbeit



politische globale Zusammenarbeit



Schweizer Bankenplatz



Gesundheitsversorgung



Digitalisierung der Arbeitswelt



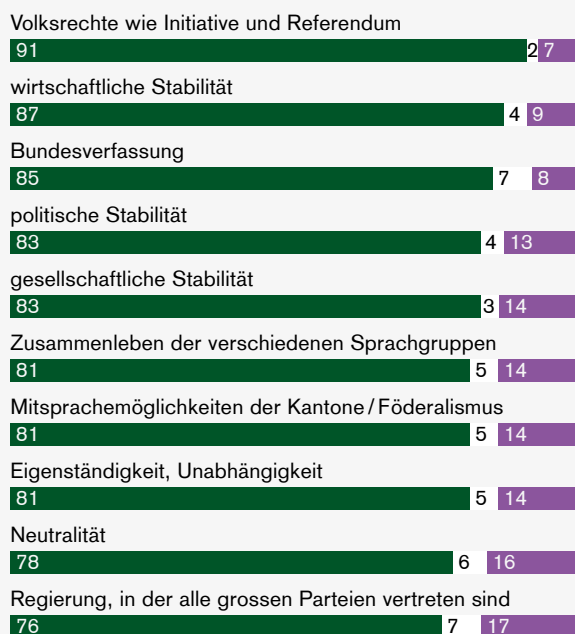
Arbeit von zu Hause aus (Homeoffice)



3 Politische Besonderheiten

NATIONALSTOLZ «Gibt es bestimmte Dinge, auf die Sie an der schweizerischen Politik besonders stolz sind?»

■ sehr / eher stolz □ weiss nicht / k. A. ■ eher nicht / überhaupt nicht stolz [in %]



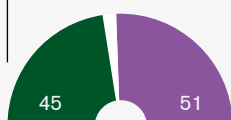
Von den Top-Ten-Problemen ging einzig die Ausländerfrage zum zweiten Mal in Folge auf nunmehr 28 Prozent (–2 pp) zurück. Umgekehrt nahmen die Sorge um die soziale Sicherheit (17 %, +3 pp) sowie das Problempaar Arbeitslosigkeit / Jugendarbeitslosigkeit (31 %, +5 pp) zweimal nacheinander zu, womit allerdings der sprunghafte Rückgang von 2018 noch nicht wettgemacht ist.

Nach einer kontinuierlichen Steigerung seit 2015 hat das Problembewusstsein für Umweltschutz und Klimawandel bei 29 Prozent stagniert. Doch für über 12 Prozent der Bevölkerung handelt es sich hierbei um das dringendste Problem.

57 Prozent (–6 pp) [vgl. Grafik ●4] der Bevölkerung sind einverstanden mit der Forderung, die Schweiz solle weltweit eine Vorreiterrolle in der Klimapolitik einnehmen und diese aktiv über Gesetze und Vorgaben steuern. Allerdings finden genau gleich viele Leute (57 %, –4 pp), es gebe wichtigere Themen zu lösen als die Klimapolitik. Das Thema polarisiert also weiterhin.

85 % der Bevölkerung sind an Politik interessiert.

Schweiz findet Lösungen vor Ort, weltweite Probleme sollen andere lösen.



Bewegungen und Demonstrationen sind wichtig, um Politik zu Lösungen zu bewegen.



Schweiz soll Klimapolitik mit Gesetzen aktiv steuern und eine Vorreiterrolle einnehmen.



Es gibt im Moment wichtigere Probleme zu bewältigen als die Klimapolitik.



Schweiz soll sich international einbinden, um globale Lösungen finden zu helfen.



Die Kostenfrage im Gesundheitswesen bleibt eine zentrale Sorge der Bevölkerung. Dennoch ist im Vergleich zum letzten Jahr ein deutlicher Rückgang der Sorge um Gesundheit und Krankenkassen auf 28 Prozent (–13 pp) zu beobachten. Neben der Tatsache, dass die Prämien nicht stark angestiegen sind, dürften Sparübungen im Gesundheitswesen in Zeiten einer globalen Pandemie in den Augen der Bevölkerung nur geringe Priorität haben. Dennoch: Es besteht kein Grund zur Annahme, der Reformbedarf im Gesundheitswesen sei gedeckt.

Höheres Politikinteresse

Glaubte man in der Bevölkerung eine gewisse politische Müdigkeit zu erkennen, so beweist das Sorgenbarometer das Gegenteil. Die Klimafragen, die Covid-19-Pandemie und vielleicht neue Entwicklungen in der politischen Kultur, wie der Kommunikationsstil von Donald Trump via Twitter, bescheren der Politik eine rekordhohe Aufmerksamkeit. Interessierten sich 2013 erst 55 Prozent der Bevölkerung für die Politik, so sind es nun 85 Prozent, dies sogar mit erhöhter Intensität: 43 Prozent (+12 pp) sind «sehr interessiert». Dieses gestiegene Interesse mag, neben den brisanten Themen, mit zur hohen Stimmbeteiligung im September 2020 beigetragen haben.

Aktuell fühlen sich 61 Prozent in erster oder zweiter Linie dem Land als Ganzes verbunden, im Vergleich zu 2019 hat dieser Wert zugenommen, was auch mit dem kollektiven Erlebnis der Pandemie zusammenhängen dürfte. 75 Prozent der Stimmbürger sind stolz, Schweizerin respektive Schweizer zu sein. Das sind viele, doch 2015 war dieser Wert deutlich höher. Im damaligen eidgenössischen Wahljahr erlebte die Migrationskrise im Sommer ihren Höhepunkt. War vor diesem Hintergrund das Bedürfnis der Wahrung nationaler Interessen durch eine Abgrenzung gegen aussen sehr ausgeprägt, ist heute der Fokus auf das nationale Wohlergehen anderer Natur. Es geht darum, zusammenzustehen und unaufgeregt und pragmatisch durch die Krise zu kommen. Dazu passt, dass viele Schweizerinnen und Schweizer stolz sind auf die Stabilität des Landes in wirtschaftlicher (87 %), politischer (83 %) und gesellschaftlicher (83 %) Hinsicht [vgl. Grafik ●3].

Der Bundesrat hat seinen Beitrag dazu geleistet – auch wenn immer noch 70 Prozent (–13 pp) von ihm mehr Führungsqualitäten fordern. Das Parlament hingegen sollte nach Ansicht von 77 Prozent (+9 pp) seine Kompromissbereitschaft steigern. Die Erwartungen sind hoch – allerdings auch das grundsätzliche Vertrauen in die Politik.

Wirtschaft findet Lösung schneller als Politik: mehr Freiheiten, weniger Bürokratie.



Pandemie-Krise zeigt: Viele alltägliche politische Konflikte sind eigentlich unwichtig.



Bundesrat muss seine Führungsrolle noch besser wahrnehmen als gegenwärtig.



4 Lösungen der Politik

TOP 8: VOLKSMEINUNG «Sind Sie mit den folgenden Aussagen zur Lösung politischer Probleme sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden?»

■ sehr / eher einverstanden □ weiss nicht / k. A.
■ eher nicht / gar nicht einverstanden [in %]

Das Sicherheits- bedürfnis steigt



VERTRAUEN UND SICHERHEIT — Die Hierarchie der Sicherheitsbedürfnisse ist durch die Pandemie neu geordnet worden. Die Auswirkungen auf das Vertrauensverhältnis in der Schweiz hingegen sind eher gering. Mehrheitlich wird die wirtschaftliche Situation sehr positiv beurteilt, doch die Zahl jener, die um ihre Stelle fürchten, nimmt zu.

Aufgrund des Lockdowns abgestellte Flugzeuge der Edelweiss Air und der Helvetic Airways auf dem Flugplatz Dübendorf.



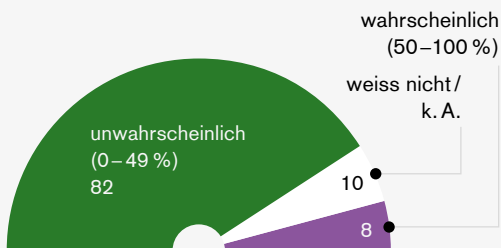
Die Schweiz hat im Sommer die erste Phase der Covid-19-Pandemie im internationalen Vergleich gut überstanden. Zu erwarten war, dass dies in der Credit Suisse Sorgenbarometerumfrage seinen Niederschlag in einem Vertrauensbonus für jene Akteure findet, die aktiv zur Bewältigung der Krise beigetragen haben. Dies umso mehr, als 2019 eine sehr ausgeprägte Kurskorrektur nach unten erfolgt war. Tatsächlich stiegen die Werte im Durchschnitt der 20 befragten Akteure und Institutionen wieder von 38 auf 40 Prozent [vgl. **Grafik ●1**].

Bei genauerem Hinsehen konnten jedoch nur die Politik und die Behörden von der besonderen Situation profitieren, insbesondere der Bundesrat, doch auch der National- und der Ständerat, die staatliche Verwaltung und, allerdings etwas weniger ausgeprägt, die politischen Parteien. →

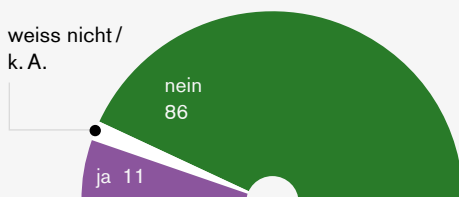
Offensichtlich wird die bisher gute Krisenbewältigung allein der Politik zugeschrieben. Das Engagement der Armee beispielsweise wurde nicht in Form eines Vertrauensgewinns honoriert. Dies gilt auch für die Medien, wo gerade das Fernsehen trotz einer vielfältigen Berichterstattung nochmals einen markanten Vertrauensverlust erlitt. Immerhin erreichten die bezahlten Zeitungen den erhofften Vertrauensgewinn.

2 Arbeitsplatzsicherheit

NEUE TECHNOLOGIE «Wie hoch schätzen Sie auf einer Skala von 0 bis 100 die Wahrscheinlichkeit, dass Ihre Arbeitsstelle in den nächsten fünf Jahren durch einen Roboter, neue Technologie oder intelligente Software automatisiert wird?» [in %]



DROHENDER STELLENVERLUST «Befürchten Sie selbst, dass Sie in den nächsten zwölf Monaten Ihre Arbeitsstelle verlieren?» [in %]



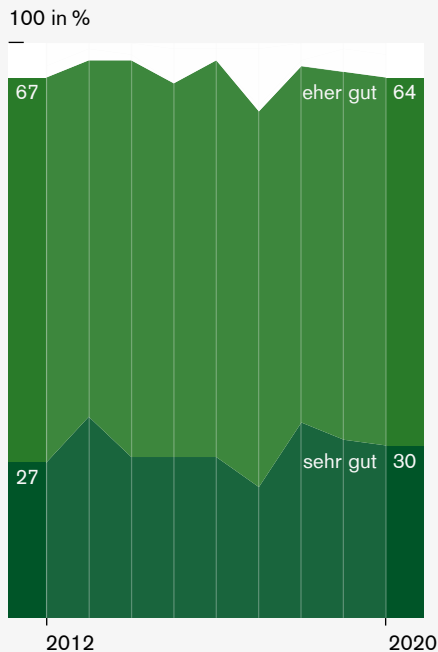
Wirtschaftliche Zuversicht, aber ...

Nach wie vor sind 94 Prozent der Bevölkerung überzeugt, die Wirtschaft stehe im Vergleich zum Ausland «eher/sehr gut» da [vgl. Grafik ●3]. 60 Prozent sind der Meinung, die Wirtschaft könne schnellere Lösungen als die Politik finden, wofür es aber mehr Freiräume und weniger Bürokratie brauche. Positiv wird auch die eigene Situation eingeschätzt. 65 Prozent der Schweizer stufen ihre wirtschaftliche Lage als gut oder sehr gut ein. Sogar 81 Prozent (–6 pp) gehen davon aus, es werde ihnen in den kommenden zwölf Monaten mindestens gleich gut gehen wie im Moment. Der leichte Rückgang gegenüber dem Vorjahr müsste nicht Besorgnis erregen, wenn nicht gleichzeitig 14 Prozent (+4 pp) befürchteten, es werde ihnen künftig schlechter gehen. Nie waren es in den letzten 25 Jahren so viele. Bei dieser Einschätzung lassen sich kaum Unterschiede zwischen Mann und Frau oder zwischen den Sprachregionen feststellen. Besonders ausgeprägt ist die Sorge um die wirtschaftliche Zukunft aber bei Personen mit eher geringer Schulbildung (19 %) sowie solchen mit tiefem Einkommen (32 %) beziehungsweise mittleren Einkommen im Bereich von 5000 bis 6000 Franken (16 %).

Den eigenen Arbeitsplatz stufen 14 Prozent als nicht sicher ein, 11 Prozent – so viele wie noch nie – befürchten den Verlust ihrer Stelle innerhalb Jahresfrist [vgl. Grafik ●2]. Das ist zwar eine klare Minderheit, vergleicht man den Wert aber mit 2012, hat sich der Anteil jener, die um ihre Stelle fürchten, mehr als verdoppelt. «Der Trend hin zu mehr Sorge um den Arbeitsplatz bewegt sich auf tiefem Niveau, nimmt seinen Lauf aber lange vor Corona», kommentiert Cloé Jans von gfs.bern. «Stattdessen könnte der Grund in der sich verändernden Arbeitswelt – Stichwort technologischer Wandel – liegen.» Tatsächlich gehen heute 8 Prozent von einem Verlust des Arbeitsplatzes wegen neuer Technologie in den nächsten fünf Jahren aus.

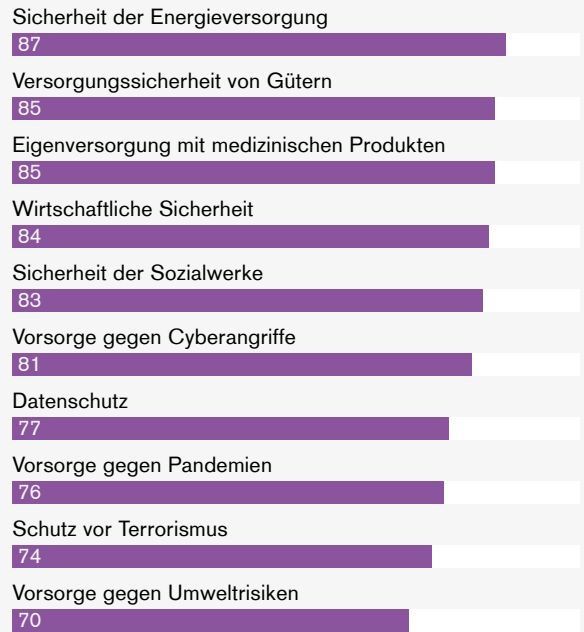
3 Zustand der Wirtschaft

INTERNATIONALER VERGLEICH «Wie steht die Schweizer Wirtschaft im Vergleich zur ausländischen Wirtschaft da?» [in %]



4 Bausteine der Sicherheit

TOP 10 «Wie relevant sind für Sie folgende Bausteine der Sicherheit für die Schweiz?» Skala von 0 bis 10 (10 = absolut zentral), ■ stark/sehr stark sicherheitsrelevant [in %]



Versorgungssicherheit erhöhen

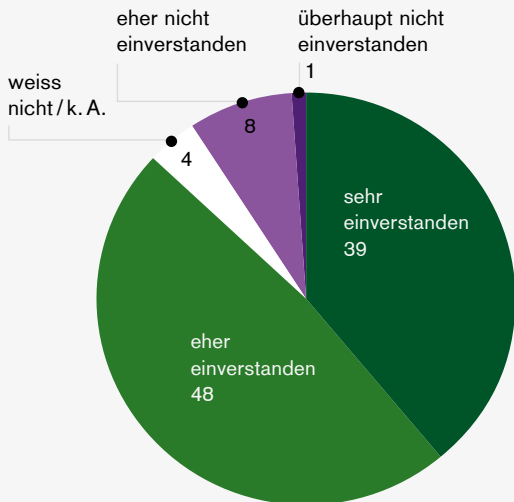
«Die Corona-Pandemie hat zu einer Re-Evaluation der Sicherheitsbedürfnisse in der Schweiz geführt», weist Cloé Jans auf ein besonders interessantes Resultat der Umfrage hin. «Erste Priorität hat nun die Versorgungssicherheit in Bezug auf Energie, Medizin und Nahrung, gefolgt von der ökonomischen Sicherheit in Form von Wahrung des Wohlstands – und zwar im Erwerbsleben wie im Alter.» →

81%

gehen davon aus, dass es ihnen 2021 mindestens so gut wie jetzt geht.

5 Produktion zurückholen

VERSORGUNGSSICHERHEIT «Gewisse Produktionsprozesse sollen mit staatlicher Unterstützung – ungeachtet der wirtschaftlichen Rentabilität – zurück in die Schweiz geholt werden, um die Versorgungssicherheit zu erhöhen, beispielsweise von Medikamenten oder Ersatzteilen.» [in %]



Bei der Beurteilung von 14 verschiedenen Bausteinen der Sicherheit des Landes [vgl. Grafik ●4] wird die Versorgungssicherheit in der Tat besonders hoch eingestuft: An erster Stelle überhaupt steht die Sicherheit der Energieversorgung, gefolgt von der Eigenversorgung mit medizinischen Produkten sowie der Versorgungssicherheit bei Gütern. Von beinahe gleich grosser Bedeutung ist die Sicherung des Wohlstands, dies sowohl in Bezug auf die Sozialwerke als auch das wirtschaftliche Wohlergehen.

An dritter Stelle folgt die Sicherheit gegen neue Risiken. Dabei werden Cyberangriffe, Verletzung des Datenschutzes sowie Pandemien als gefährlicher als Terrorismus und Umweltrisiken beurteilt. Als etwas weniger dringlich werden die Sicherung nationaler Interessen im globalen Kontext sowie die Sicherheit gegen traditionelle Risiken erachtet. Nicht in die Top Ten schaffen es die Verbesserung der internationalen Kooperation (67 %), die Reduktion globaler Abhängigkeiten (65 %), die Vorsorge gegen Migrationsströme (59 %) und die militärische Sicherheit (58 %).

Die Herstellung von Desinfektionsmitteln wurde während der Coronakrise stark erhöht.



87 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sind einverstanden, gewisse Produktionsprozesse mit staatlicher Unterstützung in die Schweiz zurückzuholen, um die Versorgungssicherheit zu erhöhen [vgl. Grafik ● 5]. Das Bild wird durch die Forderung nach staatlichen Investitionen gerade in den Bereichen mit hohem Sicherheitsbedürfnis fast spiegelgleich bestätigt [vgl. Grafik ● 6] – mit einer gewichtigen Ausnahme: Ganz zuoberst sollen gemäss Umfrage die Investitionen zur Vorsorge gegen Umweltrisiken stehen.

Insgesamt hat das Sorgenbarometer ein erstaunlich kohärentes neues Sicherheitsbild an den Tag gebracht.

Nur **8** %

erachten – trotz Covid-19-Krise – staatliche Investitionen in die Pandemievorsorge als erste Priorität.



6 Staatliche Investitionen

PRIORITÄTENSETZUNG «In welchen dieser genannten Bereiche soll der Staat in Zukunft am meisten investieren?» [in %]

EUROPA — Die Beziehungen zur Europäischen Union (EU) gelten in der breiten Bevölkerungsmehrheit als wichtig und sollen weiterentwickelt werden. Doch wie genau, bleibt die aussenpolitische Gretchenfrage.

Stabile Beziehungen erwünscht

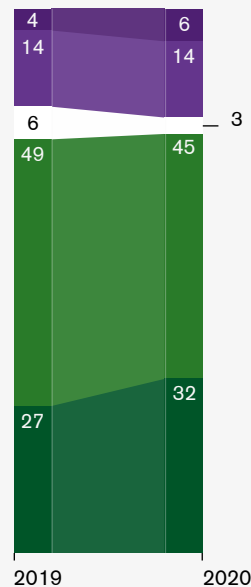


Geschlossene Grenze in Kreuzlingen.
Bekannte und Verliebte von
beiden Seiten der Grenze treffen sich
am Grenzzaun zu Gesprächen.

1 Die Schweiz und die EU

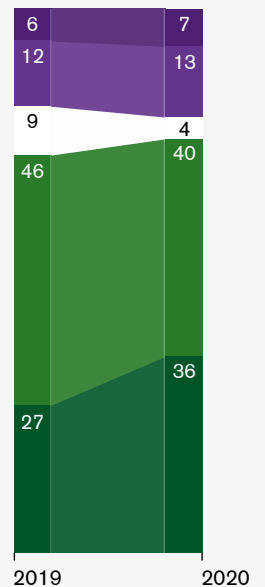
STABILE BEZIEHUNGEN

«Wie wichtig sind Ihnen stabile Beziehungen der Schweiz mit der EU?» [in %]



BILATERALE VERTRÄGE

«Wie wichtig sind Ihnen die bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU?» [in %]



■ sehr wichtig ■ eher wichtig □ weiss nicht / k. A.
■ eher unwichtig ■ sehr unwichtig

Die Schweiz hat schon immer eine ganz besondere Rolle in der internationalen Politik – und dementsprechend in internationalen Wirtschaftsfragen – gespielt. Als «kleine Insel mitten in Europa» sind die Verflechtungen mit der EU besonders gross. Mehr als 315 000 EU-Grenzgängerinnen und -Grenzgänger kommen täglich zur Arbeit in die Schweiz und fast eine halbe Million Schweizerinnen und Schweizer leben in der EU. Der wirtschaftliche Austausch zwischen der Schweiz und der EU beträgt eine Milliarde Schweizer Franken – pro Tag. Dennoch ist Eigenständigkeit ein zentraler Wert im nationalen Grundverständnis: Die Schweizerinnen und Schweizer sind stolz auf ihre Unabhängigkeit und Neutralität. Daher stellt sich immer wieder die aussenpolitische Gretchenfrage: Wie hat's die Schweiz denn eigentlich mit der EU?

Stabile Beziehungen mit der EU gefordert

Alt-Bundesrätin Doris Leuthard schrieb bereits 2008: «Die Bilateralen I sind ein Erfolg. [...] Der bilaterale Weg ist aber steinig.» Diese grundsätzliche Haltung teilt auch die Schweizer Stimmbevölkerung gemäss dem Credit Suisse Sorgenbarometer 2020: Fast 80 Prozent gaben heuer an, dass ihnen die Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz (sehr) wichtig sind. Über 70 Prozent finden zudem auch, dass die bilateralen Verträge sehr oder eher wichtig sind. Die grundsätzliche Stossrichtung ist also klar: Das Stimmvolk wünscht sich eine stabile Beziehung mit der EU. →

53%

Doch von einer bedingungslosen Bereitschaft zur Annäherung ist man weit entfernt. Das zeigt beispielhaft der Volksentscheid zur Annahme der Masseneinwanderungsinitiative oder auch das aktuelle Tauziehen um die Verhandlung und Unterzeichnung des Rahmenabkommens. Unter den Stimmberechtigten, die eine Weiterentwicklung der Beziehungen zur EU wünschen, ist das Rahmenabkommen als Grundidee weiterhin gut verankert. Konkret möchten 53 Prozent die Bilateralen über ein Rahmenabkommen ausbauen. Der Anteil Schweizerinnen und Schweizer, der eine Neuverhandlung wünscht, nahm jedoch seit letztem Jahr zu (27 %, +10 pp).

der Stimmberechtigten befürworten eine eigenständige Nischenpolitik. Tendenz steigend.

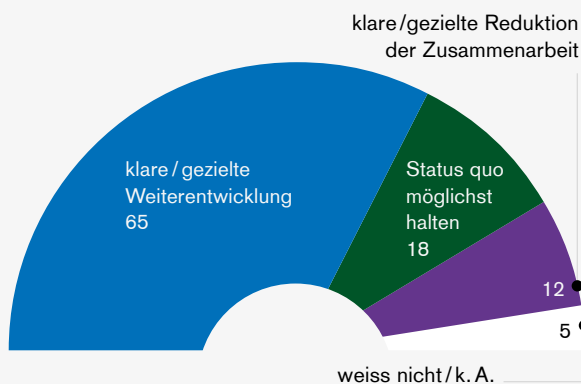
Offensivere Nischenpolitik angesagt

Aus dem Wunsch, stabile Beziehungen zur EU zu pflegen, folgt keine Gleichschaltung mit deren Positionen: Eine steigende Mehrheit von derzeit 53 Prozent der Stimmberechtigten befürwortet eine eigenständige Nischenpolitik im Vergleich zu einer stärkeren Anbindung an die grundsätzlichen Positionen der EU im Welthandel (derzeit 35 Prozent). Von der eigenen Stärke überzeugt, findet eine knappe Mehrheit zudem, dass schlechte Beziehungen mit der EU mit Handelsbeziehungen zu Drittstaaten aufgefangen werden könnten – kein leichtes Unterfangen angesichts des Umstandes, dass die Schweiz heute jeden dritten Franken im Austausch mit der EU verdient.

In den Augen der Stimmberechtigten verhält sich die hiesige Politik dem Ausland gegenüber zunehmend defensiv, was auch mit dem Tauziehen um die Ausgestaltung der Beziehungen zur EU zusammenhängen dürfte. Der Wunsch aus der Stimmbevölkerung ist aber ein anderer: Die Schweizer Regierung soll wieder offensiver auftreten. Gerade der Bundesrat geht aus der Coronakrise gestärkt hervor, was das Vertrauen der Bevölkerung angeht (68 Prozent der Stimmbevölkerung vertrauen dem Bundesrat).

2 Die Schweiz in Europa

VERHÄLTNIS IN DER ZUKUNFT «Wie soll sich allgemein das bilaterale Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU Ihrer Meinung nach weiterentwickeln?» [in %]



3 Beziehungen zur EU: vorwärts

ZUSAMMENARBEIT 1 «Welche Form der Weiterentwicklung hat für Sie 1. Priorität?» / Aufschlüsselung jener Stimmberechtigten, die für eine klare, gezielte Weiterentwicklung sind.

■ 2020 (Veränderung Vorjahr) ■ 2019 [in %]

bilaterale Verträge fortsetzen

53 (-10)

institutionelles Rahmenabkommen neu verhandeln

27 (+10)

EWR beitreten

9 (+1)

EU beitreten

7 (-)

weiss nicht/keine Antwort

4 (-1)

4 ... oder zurück?

ZUSAMMENARBEIT 2 «Welche Form der künftigen Zusammenarbeit hat für Sie 1. Priorität?» / Aufschlüsselung jener Stimmberechtigten, die für eine klare, gezielte Reduktion sind.

■ 2020 (Veränderung Vorjahr) ■ 2019 [in %]

Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU kündigen

29 (+6)

institutionelles Rahmenabkommen nicht unterzeichnen

22 (-11)

institutionelles Rahmenabkommen neu verhandeln

19 (-)

bilaterale Verträge fortsetzen

14 (+2)

bilaterale Verträge kündigen

7 (-)

weiss nicht/keine Antwort

9 (+3)

Aktuelle Stärke der Schweiz nutzen


Das Image der Schweiz im Ausland ist sehr gut – und ist in den letzten 12 Monaten in der Wahrnehmung der Stimmberechtigten eher noch besser geworden, sagen rund 90 Prozent der Stimmbevölkerung. Auch die nationale Wirtschaft steht in den Augen der Befragten vergleichsweise auf soliden Beinen, trotz relativ hohen Fallzahlen von Covid-19 und steigender Sorge um Arbeitslosigkeit. Die Schweiz beweist also Resilienz und Willensstärke, gemeinsam die Coronakrise durchzustehen.

Rückbesinnung zur Willensnation

Die Idee von Autarkie, Unabhängigkeit und Selbstbestimmtheit gewinnt angesichts der aktuellen Coronakrise wieder an Bedeutung in der Schweiz. Gegenüber wirtschaftlicher Globalisierung ist man zunehmend kritisch. Dabei geht es jedoch weniger um emotionalen Patriotismus als um helvetischen Pragmatismus. Zentrale Prinzipien wie das gelebte Milizsystem, der Föderalismus oder die direkte Demokratie fördern die gemeinsame Identität der Schweiz, sie sind die Grundpfeiler der «Willensnation

Schweiz» und schaffen ein gemeinsames Fundament für das Zusammenleben unterschiedlicher Sprachen, Religionen und Kulturen. Im Vergleich zu 2019 steigt die empfundene Verbundenheit mit dem Land als Ganzes unter der Stimmbevölkerung wieder. In dieser schwierigen Zeit scheint sich die Schweiz nun wieder auf die Idee der pragmatischen Willensnation zu besinnen und diese neu zu beleben – mit dem Ziel, die Gratwanderung zwischen dem Erhalt stabiler Beziehungen zur EU und der Schweizer Souveränität zu bestehen.

Als Grundlage diente das Credit Suisse Sorgenbarometer 2020, das repräsentativ die Schweizer Stimmbevölkerung (rund 1800 Personen) zu aktuellen Sorgen, aber auch zum Verhältnis der Schweiz mit der EU und Europa im Juli/August 2020 befragt hat.

A full-length portrait of Guy Parmelin, a middle-aged man with grey hair and glasses, wearing a dark suit, white shirt, and blue patterned tie. He is standing in a hallway with red walls and a modern light fixture. His left hand is in his pocket.

GUY PARMELIN leitet seit 2019 das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung. Nach dem Gymnasium hatte er sich zum Landwirt und Winzer ausgebildet und mit seinem Bruder den Familienhof in Bursins geführt. Als Vertreter der SVP gehörte er dem Gemeinderat (1993–1999), Kantonsrat (1994–2003) und Nationalrat (2003–2015) an und ist seit 2015 Bundesrat.

«Wir müssen als Land trotz Covid-19 zusammen- halten»

INTERVIEW ____ Der Bundesrat hat in der Bevölkerung enorm an Vertrauen gewonnen. Doch auch die Erwartungen sind hoch: Er soll die Schweiz sicher durch die Coronakrise führen. Bundesrat GUY PARMELIN stand dem «Kompass» Rede und Antwort.

Interview: Manuel Rybach*

*Das Interview wurde Ende Oktober 2020 schriftlich geführt.

Herr Bundesrat Parmelin, die Corona-Pandemie und ihre Folgen sind aus dem Nichts die Top-1-Sorge der Schweizer Bevölkerung geworden. Wie interpretieren Sie diese Problemwahrnehmung?

Ich kann die Stimmungslage in der Bevölkerung sehr gut nachvollziehen. Die Covid-19-Pandemie fordert unsere Gesellschaft und die Wirtschaft momentan enorm. Und nicht nur in der Schweiz, sondern weltweit. Tatsache ist: Die Schweizer Wirtschaft fiel im zweiten Quartal 2020 in eine tiefe Rezession. Die Auswirkungen der Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie auf die Weltwirtschaft und den internationalen Handel geben Anlass zur Sorge. Auch wenn die Aussichten für 2020 weniger negativ als Mitte Jahr befürchtet sind, so stehen wir doch vor dem stärksten BIP-Rückgang seit 1975. Meine Aufmerksamkeit ist seit Beginn der Krise auf die Frage gerichtet, wie wir die unmittelbaren negativen Folgen der Pandemie abfedern und dabei die Stärken der Schweiz als Wirtschafts-, Bildungs- und Innovationsstandort aufrechterhalten können.

→

Und zu welchem Schluss kommen Sie?

Ist Ihnen eine Abfederung gelungen?

Ich bin überzeugt, dass wir in der Schweiz dank starken Institutionen und durch unsere raschen und wirksamen Unterstützungsmassnahmen bis im Frühherbst noch schlimmere Folgen für die Unternehmen und die Arbeitnehmenden abwenden konnten. Eine wichtige Rolle spielte dabei unter anderem die Kurzarbeitsentschädigung. Auch dank diesem Instrument konnte ein massiver Einbruch der Beschäftigung bisher vermieden werden. Die Arbeitnehmerinnen und -einkommen wurden gestützt und eine Konkurswelle von Unternehmen konnte bislang verhindert werden.

Trotzdem hat die Arbeitslosigkeit zugenommen. Zum Glück weniger stark, als wir im Frühjahr und im Sommer noch befürchtet hatten. Das gilt auch für die Jugendarbeitslosigkeit.

Aufgrund der zweiten Pandemiewelle ist allerdings in den kommenden Monaten mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Die Covid-19-Krise ist noch nicht ausgestanden. Wir können leider nicht ausschliessen, dass sich Unternehmen mittelfristig an neue Bedingungen anpassen und dabei zum Teil auch Entlassungen vornehmen müssen.

Wo sehen Sie persönlich die grössten Herausforderungen für unser Land?

Wir müssen alles daransetzen, dass sich die Wirtschaft nach der Coronakrise möglichst rasch und vollständig erholt. Dazu benötigen wir nach wie vor gut ausgebildete Leute. Wir dürfen bei den Aus- und Weiterbildungen keine Abstriche machen. Auch die Innovationstätigkeit und damit unsere Wettbewerbsfähigkeit muss erhalten bleiben und weiter gefördert werden.

Ein wichtiger Aspekt für die Wettbewerbsfähigkeit ist der Zugang unserer Wirtschaft zu ausländischen Märkten. Und da müssen wir unsere Beziehungen zur EU klären und mit bilateralen Abkommen präferenzielle Marktzugänge schaffen. Kurz: Es hängt alles miteinander zusammen. Die Arbeit wird uns nicht ausgehen.

Welchen Einfluss hat die Corona-Pandemie auf Ihre persönliche Arbeit und welche Auswirkungen erwarten Sie auf die Arbeitswelt im Allgemeinen?

Normalerweise sind mir der persönliche Kontakt und persönliche Gespräche sehr wichtig. In den letzten Monaten wurde in der Bundesverwaltung und auch in meinem Departement in sehr vielen Bereichen im Homeoffice gearbeitet. Die Covid-19-Krise hat die tägliche Arbeit weiter digitalisiert. Ähnliche Entwicklungen gibt es auch in der Privatwirtschaft. Ich gehe davon aus, dass die Arbeitswelt auch mittel- und langfristig digitaler wird. Allerdings ist es heute noch zu früh, um über die langfristigen Auswirkungen der Pandemie hinsichtlich neuer Arbeitsformen Aussagen zu machen.

Das Sorgenbarometer zeigt, wie gross das Bedürfnis nach Sicherheit in der aktuellen Situation ist. Insbesondere gaben die Befragten an, dass für sie die Versorgungssicherheit (z. B. Energie und medizinische Produkte) von zentraler Bedeutung ist. Wie sehen Sie hier das Zusammenspiel zwischen Wirtschaft und Staat? Wie soll sich die Schweiz mit dem Ausland koordinieren?

Die Schweiz als exportorientierte Volkswirtschaft ist stark in die internationalen Liefer- und Produktionsketten eingebunden. Die Beschaffung von Vorprodukten aus dem Ausland sowie die Absatzmöglichkeiten für unsere Produkte auf ausländischen Märkten sind für die Schweizer Wirtschaft zentral. Schätzungen des Seco gehen

davon aus, dass die aussenwirtschaftlichen Tätigkeiten rund $\frac{1}{3}$ zum BIP der Schweiz beisteuern. Im Verlauf der letzten Monate sind wir uns der enormen Bedeutung des internationalen Handels für unser Land, aber auch unserer Abhängigkeit von internationalen Produktions- und Lieferketten erneut bewusst geworden. Für mich ist klar: Ein hindernis- und diskriminierungsfreier Zugang zu ausländischen Märkten muss weiterhin gewährleistet bleiben. Der Bundesrat und das Seco engagieren sich dafür insbesondere im Rahmen der WTO, der OECD und der G-20. Selbstverständlich erweitern und pflegen wir unser Netz von Freihandelsabkommen.

Die Arbeitslosigkeit rangiert wieder höher im Sorgen-Ranking. Was braucht es, um die Stärken des Schweizer Arbeitsmarktes auch künftig sicherzustellen?

In der ersten Phase war es entscheidend, die Beschäftigung und die Einkommen zu stützen, um einen schädlichen und übermässigen Stellenabbau zu vermeiden. Das ist uns mit einer guten Absicherung durch Kurzarbeitsentschädigung, Arbeitslosenentschädigung und arbeitsmarktliche Massnahmen recht gut gelungen. Bei der Bewältigung der zweiten Infektionswelle werden diese Elemente wichtig bleiben. Langfristig wird es entscheidend sein, dass wir in unseren Sozialwerken Anreize schaffen können, damit die Betroffenen wieder eine Arbeit finden. Das heisst, wir müssen so weit wie möglich verhindern, dass Menschen in die Langzeitarbeitslosigkeit rutschen.

Aber: Wir müssen einen gewissen Strukturwandel auch zulassen. Mittel- und langfristig geht es nicht nur darum, bestehende Jobs zu sichern, sondern darum, die Erwerbstätigen so aus- und weiterzubilden, dass sie im Arbeitsmarkt eine Chance auf Beschäftigung haben. Sie sehen also: Das Aus- und Weiterbildungssystem spielt eine entscheidende Rolle.

Ein Dauerbrenner im Sorgenbarometer ist die Zukunft der AHV und der Altersvorsorge. Welches sind mittel- bis langfristig die wichtigsten Schritte, um unser System der Altersvorsorge nachhaltig zu sichern?

Wir alle wissen, dass es äusserst schwierig ist, hier eine Lösung zu finden, um die Altersvorsorge so zu sichern, dass sie möglichst vielen Menschen in unserem Land gerecht wird. Diese Hausforderung beschäftigt meinen Kollegen im Eidgenössischen Departement des Innern EDI schon seit Jahren und wird ihn wohl auch noch geraume Zeit beschäftigen. Der Bundesrat wird sich in absehbarer Zeit auch wieder mit dieser Frage zu befassen haben. →

«Wir müssen einen gewissen Strukturwandel auch zulassen.»

Ein weiterer Klassiker der Schweizer Politik sind die Beziehungen der Schweiz zur EU. Eine Weiterentwicklung des bilateralen Verhältnisses wird zwar von einer Mehrheit gewünscht, doch wie dies erfolgen soll, wird kontrovers diskutiert. Wie möchte die Landesregierung hier vorgehen?

Für die Schweiz als mittelgrosse Volkswirtschaft mit vergleichsweise kleinem Binnenmarkt bleibt der möglichst diskriminierungsfreie, rechtlich abgesicherte und entwicklungsfähige Zugang zu ausländischen Märkten zentral, um den Wohlstand zu erhalten. Der Bundesrat setzt sich für die Tragfähigkeit der für die Schweiz essenziellen internationalen Wirtschaftsbeziehungen ein. Die EU ist unser wichtigster Handelspartner. Mit einem institutionellen Abkommen möchte der Bundesrat den gegenseitigen Marktzugang konsolidieren und zukunftsfähig machen. Es soll Rechtssicherheit über den bestehenden Marktzugang schaffen und die Grundlage für einen Ausbau der Handelsbeziehungen bilden. Ein Abschluss erfordert aber eine Klärung in drei für die Schweiz zentralen Punkten. Sie betreffen den Schutz der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Unionsbürgerschaft sowie staatliche Beihilfen.



Bei den Akteuren aus Politik und Behörden hat der Bundesrat deutlich an Vertrauen in der Bevölkerung gewonnen und geniesst aktuell, nach der Polizei, den zweithöchsten Vertrauenswert. Wie interpretieren Sie diese Entwicklung?

Da hat zweifellos die rasche und unbürokratische Hilfestellung des Bundesrats in der Coronakrise eine wichtige Rolle gespielt. Wir konnten viele Unternehmerinnen und Unternehmer sowie viele Arbeitnehmende unterstützen. Heute wäre das Umfrageergebnis aber möglicherweise bereits wieder ein anderes. Unzufriedene, denen wir nicht oder nicht genug helfen konnten, gibt es nicht wenige!

«Der Bundesrat setzt sich für die Tragfähigkeit der für die Schweiz essenziellen internationalen Wirtschaftsbeziehungen ein.»

Das Interesse an der Politik steigt seit 2016 kontinuierlich und in der Schweiz hat sich seit 2018 der Anteil Jugendlicher, die an politischen Demonstrationen teilnehmen, verdoppelt. Gleichzeitig bleibt der Anteil Junger, die selber einer Partei beitreten möchten, sehr tief. Wie ordnen Sie dies ein und welchen Zugang hatten Sie als Jugendlicher zur Politik?

Für die heutige Jugend bin ich kein typisches Beispiel mehr. Ich wuchs auf dem Land auf und da gab es Vereine, in denen die lokale Bevölkerung ihre Treffpunkte hatte. Dazu gehörte für mich eines Tages auch das politische Engagement in einer Partei. Die heutige Jugend sieht sich mit einem viel grösseren Angebot von Freizeitaktivitäten konfrontiert und hat die Qual der Wahl. Eine Parteimitgliedschaft ist da nur noch selten erste Wahl.

Die Jugendlichen werden stark mobilisiert durch Umweltthemen. Als gelernter Landwirt und Winzer haben Sie sicher einen besonderen Zugang zu diesem Thema. Wie nehmen Sie die aktuelle Diskussion wahr?

Ja, in der Tat verstehe ich die Anliegen der jungen Leute sehr gut und beobachte ebenfalls mit wachsender Besorgnis, wie Kulturland zubetoniert und sehr verschwenderisch mit den natürlichen Ressourcen umgegangen wird. Ich würde es aber begrüssen, wenn nicht nur Kritik geübt, sondern vermehrt Lösungen gesucht sowie aktive Beiträge zur Bewältigung der Umweltprobleme geleistet würden.

Oft geht in den aktuellen Diskussionen über Trinkwasser, Landwirtschaft und Umweltbelastungen vergessen, dass wir als Land darauf angewiesen sind, Handel zu betreiben. Die Schweiz kann sich nur zur Hälfte selber ernähren. Die andere Hälfte kommt aus dem Ausland. Das dürfen wir in all den Diskussionen nie vergessen.

Als Vizepräsident des Bundesrats steht für Sie im Dezember die Wahl zum Bundespräsidenten an. Was wünschen Sie sich für die Schweiz sowie für sich persönlich während des Präsidentschaftsjahres?

Bevor ich mich zu einem allfälligen Präsidentschaftsjahr äussere, muss ich gewählt werden. Und die Wahl findet im Dezember statt. Aber abgesehen davon wünsche ich mir für die Schweiz und auch für mich persönlich, dass wir als Land mit all seinen Regionen und als Bevölkerung durch alle Generationen hindurch trotz Covid-19 zusammenhalten und dieses Virus bald nur noch eine schlechte Erinnerung sein wird.

SUSTAINABLE FINANCE

Eine umwelt- und sozialverträgliche Wirtschaft wünschen sich immer mehr Leute. Die Finanzindustrie spielt dabei eine zentrale Rolle. Die richtigen Rahmenbedingungen beschleunigen den Prozess zusätzlich.

Von Sabine Döbeli



Finanzflüsse nachhaltig gestalten

Auch dieses Jahr stehen im Sorgenbarometer der Credit Suisse Themen, die direkt oder indirekt mit einer nachhaltigen Entwicklung verbunden sind, ganz weit oben auf der Skala. Von der Altersvorsorge über den Umweltschutz/Klimawandel bis hin zur Gesundheit: Immer mehr Menschen sorgen sich um die Zukunft unserer Welt und wünschen sich einen Wandel hin zu einer sozial gerechten, klimafreundlichen und ressourcenschonenden Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei wachsen auch die Erwartungen an die Finanzindustrie, die einen aktiven Beitrag zum notwendigen Wandel leisten soll. Die Klima-Jugend verschafft ihren Forderungen für einen grünen Finanzplatz auf der Strasse und in den Medien laut Gehör. Auch das Parlament hat die Finanzwirtschaft im nun verabschiedeten CO₂-Gesetz in die Pflicht genommen und festgehalten, dass Finanzflüsse klimaverträglich werden sollen. Und was macht die Finanzindustrie?

Trend zu Anlagen mit positiver Wirkung

Tatsächlich existieren nachhaltige Anlagen in der Schweiz schon seit fast vier Jahrzehnten und der Trend zu solchen Anlageformen hat sich in jüngster Zeit noch einmal massiv beschleunigt. Gemäss der aktuellen Marktstudie zu nachhaltigen Anlagen von Swiss Sustainable Finance sind in der Schweiz derzeit Gelder im Umfang von 1163 Milliarden Franken nachhaltig angelegt, was bereits rund einem Drittel der in der Schweiz verwalteten Vermögen entspricht.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Volumen um eindruckliche 62 Prozent gesteigert. Diese Entwicklung ist Ausdruck veränderter Prioritäten sowohl von privaten wie auch institutionellen Anlegern, die erkannt haben, dass sich gesellschafts- und umweltpolitische Notwendigkeiten mit wirtschaftlichen Entscheidungen verbinden lassen und damit ein dringend notwendiger Veränderungsprozess beschleunigt wird.

Was in der jüngsten Marktstudie besonders auffällt, ist das starke Wachstum unterschiedlicher Ansätze, die alle zum Ziel haben, einen aktiven Beitrag zu einer Veränderung zu leisten. Dazu gehört beispielsweise der verstärkte Dialog mit Unternehmensleitungen, damit diese ihr Geschäftsgebaren vermehrt nachhaltig ausrichten. Auch die aktive Stimmrechtsausübung oder Anlageformen, die direkt zur Armutsbekämpfung beitragen oder in grüne Lösungen investieren, gewinnen an Bedeutung. Es scheint so, als ob Anleger in zunehmendem Masse ihre Einflussmöglichkeiten entdecken und diese auch wahrnehmen.

Enormer Kapitalbedarf für Nachhaltigkeit

Wenn wir uns vor Augen führen, wie viel Kapital nötig ist, um die globalen Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, wird aber schnell klar, dass noch viel mehr geschehen muss. Jährlich werden bis 2050 Investitionen im Umfang von weltweit durchschnittlich 3,5 Billionen US-Dollar benötigt, um die weltweiten Energiesysteme so umzubauen, dass das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens erreicht wird. Auf diese enorme Summe kommt das International Panel on Climate Change (IPCC) in einem viel beachteten Bericht – und dabei sind notwendige Massnahmen in anderen Sektoren wie der Landwirtschaft oder der Immobilienwirtschaft noch nicht mitgezählt, geschweige denn Massnahmen zur Erreichung anderer Nachhaltigkeitsziele wie verbesserte Bildung, Bekämpfung des Hungers oder Zugang zu Wasser. Doch wie können jährlich Mittel in dieser Grössenordnung generiert werden?

Finanzflüsse aller Bereiche relevant

Die gesteckten Nachhaltigkeitsziele können nur erreicht werden, wenn sämtliche Finanzflüsse nachhaltig gestaltet werden, was öffentliche Ausgaben ebenso sehr wie Direktinvestitionen von Unternehmen, Finanzierungen durch Banken und Investitionen von Anlegern umfasst. Die EU hat im Dezember 2019 einen «Green Deal» vorgestellt, der sich genau das zum Ziel gesetzt hat: Möglichst alle Finanzflüsse sollen nachhaltig ausgestaltet werden. →

SABINE DÖBELI

ist Geschäftsleiterin von Swiss Sustainable Finance, dem Verband zur Förderung nachhaltiger Finanzen in der Schweiz, und seit über 25 Jahren in verschiedenen Funktionen im Bereich der nachhaltigen Finanzierung tätig.

Es braucht einen CO₂-Preis, der sicherstellt, dass sich klimafreundliche Technologien rasch durchsetzen und CO₂-intensive Technologien obsolet werden.

Investitionen in umweltfreundliche Technologien sollen wachsen und Innovationen in der Industrie gefördert werden. Das Energie- und das Mobilitätssystem sind klimafreundlich und Gebäude möglichst energieeffizient auszugestalten. Als Basis dazu ist damit begonnen worden, in einer umfangreichen Taxonomie alle wirtschaftlichen Tätigkeiten zu beschreiben, die das Prädikat «grün» verdienen. Unternehmen sollen darüber Bericht erstatten, in welchem Umfang ihre Produkte und Tätigkeiten diesen Vorgaben entsprechen.

Darauf basierend sollen dann Banken und Vermögensverwalter Produkte anbieten, welche Finanzmittel in diese Richtung lenken. Wenn es um die Rolle der Finanzwirtschaft geht, sind nachhaltige Anlageprodukte längst nicht die einzigen Finanzprodukte, die dabei eine Rolle spielen. Andere Instrumente wie Green Bonds, grüne Hypotheken, Versicherungslösungen für erneuerbare Energien oder Gemeinschaftsfinanzierungen für Solaranlagen, die direkt neue grüne Projekte fördern, sind vielleicht sogar noch effektiver. Das Potenzial vieler der genannten Finanzlösungen ist aber bei Weitem noch nicht ausgeschöpft, bestehen doch zum Teil noch erhebliche Barrieren für deren breitere Verwendung.

Richtige Preissignale sind nötig

Es wäre allerdings falsch, den Handlungsbedarf alleine bei den Banken und Vermögensverwaltern zu orten. Entscheidend für eine vermehrte Nachhaltigkeit von Finanzflüssen sind zu einem wesentlichen Teil die richtigen Preissignale in der Realwirtschaft: Letztlich braucht es einen CO₂-Preis, der sicherstellt, dass sich klimafreundliche Technologien rasch durchsetzen und CO₂-intensive Technologien obsolet werden. Gefordert sind auch die Unternehmen. Sie müssen sich und ihren Stakeholdern transparent Rechenschaft darüber ablegen, welche Massnahmen zum Schutz des Klimas, zu einem schonenden Umgang mit Ressourcen oder zu fairen Arbeitsbedingungen umgesetzt wurden. Aber auch bei Finanzprodukten ist mehr Transparenz zur Nachhaltigkeit von Investitionen angezeigt – gerade im Hinblick darauf, dass es heute noch an einheitlichen Standards mangelt. Die Finanzbranche hat dies erkannt und arbeitet intensiv daran, mehr Klarheit im Nachhaltigkeitsuniversum zu schaffen.

Alle gleichermassen gefordert

Die kommenden Jahre sind entscheidend, wenn es darum geht, die Weichen für eine nachhaltige Zukunft zu stellen. Gefordert sind dabei alle Akteure gleichermassen: Politiker, welche die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, Kunden, die ihren Wunsch nach umwelt- und sozialverantwortlichen Produkten klar zum Ausdruck bringen, und Banken, die passende Produkte bereitstellen und diese auch aktiv anbieten.

ALTERSVORSORGE — Die Finanzierung der dritten Lebensphase ist das Sorgenkind der Schweiz. Auch die geplanten Reformen greifen zu kurz – es ist an der Zeit, den grossen Wurf zu wagen.

Von Sara Carnazzi Weber

Den Ruhestand überdenken



Die Bevölkerung sorgt sich zunehmend um ihre Altersvorsorge. Gemäss dem aktuellen Sorgenbarometer der Credit Suisse nennen sie rund 37 Prozent der Befragten als das wichtigste Problem der Schweiz. Wäre nicht die Corona-Pandemie gewesen, wäre die Alterssicherung auch dieses Jahr zuoberst auf der Liste der grössten Sorgen gestanden. Und dies aus gutem Grund.

Es drohen Leistungskürzungen

Die AHV, die erste Säule des Schweizer Altersvorsorgesystems, gibt bereits heute mehr aus, als sie einnimmt, und die Finanzierungslage wird sich mit der bereits angelaufenen Pensionierungswelle der Babyboom-Generationen weiter verschlechtern. Über das kommende Jahrzehnt werden rund 1,1 Millionen Menschen ins Rentenalter kommen. In der beruflichen Vorsorge, der zweiten Säule, subventionieren Aktive aufgrund zu hoher Rentenversprechen Jahr für Jahr die Generation der Rentner in der Grössenordnung von fünf bis sieben Milliarden Franken. Wo ihnen die Hände durch das Gesetz nicht gebunden sind – im überobligatorischen Bereich –, nutzen Pensionskassen zunehmend ihren Spielraum und senken die Altersleistungen. Ohne Gegen- →

massnahmen verschlechtert sich die Rentensituation künftiger Generationen deutlich. Wir schätzen, dass die Ersatzquote – die Rentenbezüge aus der ersten und zweiten Säule im Verhältnis zum letzten Einkommen – für Personen im mittleren Einkommenssegment von 57 Prozent (2010) auf rund 45 Prozent (2025) sinken wird.

Nur kurze Verschnaufpause erreicht

Seit diesem Jahr fliessen dank der Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF) jährlich zwei Milliarden Franken zusätzlich in die AHV. Mit dieser Massnahme hat man der AHV aber lediglich eine Verschnaufpause verschafft. Mit der «AHV 21» versucht der Bundesrat nach dem Scheitern der Vorlage Altersvorsorge 2020 im Jahr 2017 einen Neuanlauf. Als Kernmassnahmen sind die Harmonisierung des Rentenalters bei 65 Jahren für Frauen und Männer sowie eine Erhöhung der Mehrwertsteuer vorgesehen. Eine Vernehmlassungsvorlage liegt auch für die berufliche Vorsorge vor, welche auf einem gemeinsamen Vorschlag der Sozialpartner beruht. Gewisse Aspekte gehen dabei, wenn auch zaghaft, in die richtige Richtung, wie die überfällige Reduktion des Mindestumwandlungssatzes von 6,8 auf 6 Prozent oder die Senkung des Koordinationsabzugs zur besseren Integration von Erwerbstätigen mit tiefem Beschäftigungsgrad.

Die zentrale Stellschraube Rentenalter bleibt bislang unangetastet. Das System der Altersvorsorge erkennt den demografischen Wandel, was steigende Ungleichgewichte zwischen den Generationen zur Folge hat. Gerade unter denjenigen, die erst in den kommenden Jahrzehnten in den Ruhestand gehen werden, macht sich grosse Ernüchterung breit. Im Credit Suisse Jugendbarometer steht die Altersvorsorge sogar an erster Stelle in der Rangliste der wichtigsten Probleme der Schweiz, vor der Corona-Pandemie.

Eine Mehrheit der Jugendlichen findet zudem, dass Letztere die Reform der Altersvorsorge noch dringlicher gemacht hat.

Wünschenswert wäre ein grosser Wurf in der Vorsorgepolitik, wären vorausschauende Entscheide, welche nicht nur die demografische Alterung, sondern auch die Veränderungen in den Lebensmustern berücksichtigen. Die Grenzen zwischen den einzelnen Lebensphasen verwischen zusehends, diejenige zwischen Ausbildung und Erwerbstätigkeit über längere Ausbildungszeiten und lebenslanges Lernen, diejenige zwischen Erwerbstätigkeit und Ruhestand über den flexiblen Austritt aus dem Erwerbsleben und neue Arbeitsformen. Die Dreiteilung des Lebens in die Phasen Ausbildung, Erwerbstätigkeit und Ruhestand ist nicht mehr so starr wie früher und ist auch nicht in der Natur jedes Einzelnen festgeschrieben.

Neue Lebensphasen entstehen

Der Ruhestand als Lebensphase ist erst im 19. Jahrhundert mit den Frühformen der staatlichen Altersvorsorge entstanden. Die beobachtbaren Veränderungen in der Art und Weise, wie wir lernen und arbeiten, schaffen Raum für weitere Lebensphasen, die es in der Gestaltung der Versorgungssysteme zu berücksichtigen gilt. Um die demografische «Zeitbombe» zu entschärfen und die Langlebigkeitsdividende freizusetzen, müssen wir den Ruhestand überdenken.

DR. SARA CARNAZZI WEBER

ist Head of Policy and Thematic Economics bei der Credit Suisse. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen bei Themen wie Demografie, Altersvorsorge, Arbeitsmarkt und regionale Wirtschaft.

«Switzerland first» als ökonomischer Irrweg

VERSORGUNGSSICHERHEIT
Die internationale Verflechtung ist die Grundlage des Wohlstands der Schweiz. Dem Bedürfnis nach erhöhter Versorgungssicherheit wird nicht eine Strategie von Abschottung und Autonomie, sondern wirtschaftliche Offenheit am besten gerecht.

Von Peter Grünenfelder



Das Bild von leeren Verkaufsregalen dominierte in der ersten Welle der Covid-19-Pandemie im Frühjahr die Medienberichte. Die Furcht der Bevölkerung vor einer Güterknappheit bei Lebensmitteln und Haushaltswaren führte zu Hamsterkäufen. Ein eigentlicher «Kaufrausch» zeigte sich bei Spaghetti und Toilettenpapier. Selbst Ein-Personen-Haushalte stillten ihr Nachfragebedürfnis mit Jumbopackungen à 30 WC-Rollen. Teilweise kam das Personal der Detailhändler mit dem Auffüllen der Regale kaum nach. Trotz den Ängsten vor Mangellagen: Ein Versorgungsengpass bei Gütern des täglichen Bedarfs war zu keinem Zeitpunkt gegeben. Eine Flexibilisierung des Arbeitsrechts könnte übrigens in zukünftigen, ähnlichen Fällen dazu beitragen, dass im Detailhandel die Regale auch über Nacht aufgefüllt werden können. Dies hätte den Vorteil, das psychologische Phänomen der Hamsterkäufe infolge halbleerer Regale einzudämmen. →

«Die Wohlfahrtsgewinne aus der internationalen Arbeitsteilung sind in der Schweiz weltweit am höchsten.»

Dennoch: Die Versorgungssicherheit ist plötzlich in aller Munde, gefolgt von Re-Nationalisierungs-Forderungen der Politik und getrieben von der Befürchtung, im Notfall keinen Zugriff auf lebensnotwendige Güter zu haben. Die Schweizer Sozialdemokraten postulieren eine «Reindustrialisierung» der heimischen Wirtschaft mit der Verlagerung von Produktionsketten in die Schweiz. Die Grünen nehmen den vermeintlichen Versorgungsengpass zum Anlass, gleich zu einem Totalumbau der freien Marktwirtschaft aufzurufen, hin zu einem «nationalen Green New Deal», selbstverständlich zu finanzieren mit milliardenschweren Subventionen durch die Allgemeinheit.

Selbst die CVP spricht sich für einen «Selbstversorgungsgrad» beim Gesundheitspersonal aus, während die SVP gleich gänzlich auf die Wiedereinführung der Personenfreizügigkeit verzichten wollte und für eine Aufrechterhaltung der bürokratischen und zeitaufwendigen Grenzkontrollen plädierte. Verdrängt wird angesichts solcher öffentlichkeitswirksamer Forderungen, dass EU/EFTA-Bürger heute 19 Prozent aller Arbeitsstellen im Gesundheitswesen bekleiden, 4 Prozent davon sind Grenzgängerinnen und Grenzgänger.

Frohlockende Antiglobalisierungsbewegung

«America first» als Slogan einer ökonomischen Re-Nationalisierungs-Politik gilt in Corona-Zeiten also nicht mehr nur für die USA. «Our country first» heisst es mittlerweile für zahlreiche Länder und in allen Weltregionen, um globale Kooperation zurückzudrängen, Exporte essenzieller Güter zu verbieten oder die Grenzen für den freien Personenverkehr zu schliessen. Symbolpolitik, auch wenn ökonomisch unsinnig, vermittelte im Frühjahr 2020 den Eindruck, dass man das Heft in der eigenen Hand hält, durch Rückzug auf das Inland und die Abgrenzung gegenüber dem Ausland, in dem angeblich alles viel schlimmer sei. Die Apologeten der Antiglobalisierungsbewegung frohlockten bereits und bekräftigten ihre Überzeugung, wonach die internationalen Wertschöpfungsketten das Risiko erhöht hätten, im entscheidenden Moment keinen Zugriff auf die Produktion respektive die benötigten Waren zu haben.

Würde «Switzerland first» funktionieren? Heute ist die Schweiz eines der am stärksten globalisierten Länder. Die Wohlfahrtsgewinne aus der internationalen Arbeitsteilung sind bei uns weltweit am höchsten. Der Schweizer Aussenhandel beträgt – gemessen am Bruttoinlandprodukt – hohe 96 Prozent. Die Exportquote kletterte seit 2002 um 8 Prozent auf 52 Prozent des BIP. All das wirkt auch als Beschäftigungsmotor: Rund 1,9 Millionen Beschäftigte profitieren hierzulande vom Zugang zu ausländischen Märkten. Es ist offensichtlich: Die internationale Verflechtung der Schweiz ist die Grundlage unseres Wohlstands.

Aufgrund der beschränkten Grösse des Schweizer Binnenmarkts können gar nicht alle im Inland benötigten Waren und Dienstleistungen ökonomisch effizient hergestellt bzw. angeboten werden. Die Schweizer Volkswirtschaft charakterisiert sich durch eine Spezialisierung auf diejenigen Branchen, Güter und Dienstleistungen oder Teile von Wertschöpfungsketten, in denen sie international konkurrenzfähig ist.

Bezugsquellen diversifizieren

Dem Ruf nach einer Erhöhung der Versorgungssicherheit liegt der politische Irrglaube zugrunde, wonach dies nur durch eine Erhöhung der Selbstversorgung zu bewerkstelligen sei. Doch Versorgungssicherheit ist nicht gleich Selbstversorgung. Beispiel Lebensmittel: Die Versorgungssicherheit wird am besten gewährleistet, nicht indem zu jedem Zeitpunkt möglichst viele Lebensmittel im Inland produziert werden, sondern indem einerseits die Bezugsquellen für Nahrungsmittel diversifiziert werden (etwa durch den Abschluss möglichst vieler Freihandelsabkommen), andererseits durch die Schonung natürlicher Grundlagen und der Artenvielfalt für die Ernährungswirtschaft, um die zukünftige Produktivität nicht zu beeinträchtigen.

Selbst während des Zweiten Weltkriegs und der legendären «Anbau-Schlacht» war die Schweiz auf Lebensmittelimporte angewiesen. Auch für viele andere essenzielle Güter wie Strom oder Produkte der Gesundheitsversorgung sollte die Strategie nicht Abschottung und Autarkie, sondern wirtschaftliche Offenheit heissen.

Der Ausbau an Freihandelsabkommen würde die Bemühungen der Unternehmen unterstützen, ihre Bezugsquellen für Vorprodukte und Komponenten zu diversifizieren. Eine solche Diversifikation auf der Beschaffungs- wie auch auf der Absatzseite stärkt die Resilienz eines einzelnen Unternehmens wie der Volkswirtschaft gesamthaft.

Die Offenheit der Schweizer Volkswirtschaft trägt damit entscheidend dazu bei, Krisen wie die gegenwärtige Pandemie erfolgreich zu bewältigen. Würden Schweizer Unternehmen durch die nationale Politik gezwungen, die Produktion aus preiswerteren Regionen in den kostenintensiveren Schweizer Heimmarkt zurückzuverlagern, dürfte dies infolge der hohen Faktorkosten hierzulande kaum neue Stellen schaffen. Vielmehr würden die Unternehmen versuchen, das Tempo der Automatisierung zu beschleunigen.

Nicht auszuschliessen wäre, dass eine politisch den Unternehmen aufgezwungene Re-Nationalisierung der Produktion zu einer grundsätzlichen Verlagerung von Wirkungsstätten ins Ausland führt. Eine Re-Nationalisierung der Schweizer Wirtschaft erweist sich also als ökonomische Sackgasse.

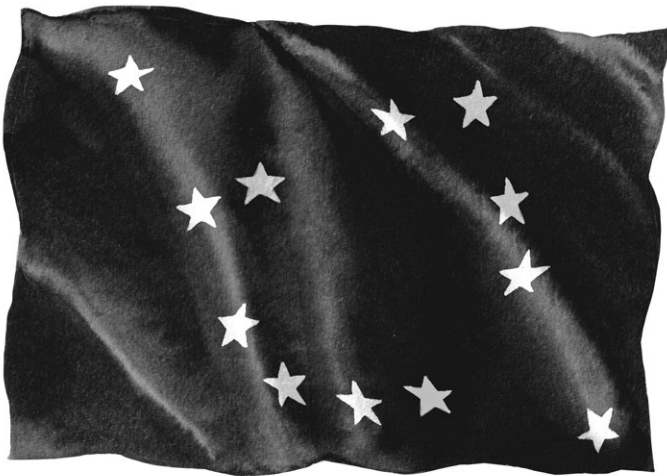
DR. PETER GRÜNENFELDER

ist seit April 2016 Direktor von Avenir Suisse und trägt die Gesamtverantwortung für die Arbeiten des Think-Tanks.

EUROPA — Austausch, gegenseitiges Verständnis und gemeinsame Visionen haben in der EU an Bedeutung verloren. Doch der Wille, die Weichen für ein starkes Europa zu stellen, ist da.

Europa Forum Luzern

Driftet Europa auseinander?



Woher stammt eigentlich der Name Europa? Weit verbreitet ist die Auffassung, er sei vom griechischen Wort «erebos» abgeleitet worden. Das bedeutet so viel wie «dunkel» und «Abend» und steht für den Erdteil, in dem die Sonne untergeht. Andere führen den Namen auf die altgriechischen Wortteile «euris» (weit) und «ops» (Sicht) zurück. Europa ist somit «die Frau mit der weiten Sicht», eine Gestalt der griechischen Mythologie.

Dunkel waren die Stunden der letzten Monate zweifellos, für Weitsicht blieb wenig Zeit. Länder in Europa und auf der ganzen Welt waren mit Brandlöschern beschäftigt, mit dem Eindämmen einer gefährlichen Pandemie. Und sie sind es noch. Das Coronavirus dominiert die politische Agenda und zeigt soziale Unterschiede schonungslos auf. Drängende Probleme wie Armut, Migration, Klimawandel oder Altersvorsorge ringen umso mehr um Aufmerksamkeit. Krisen haben es aber auch an sich, dass sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Die von diversen Studien bestätigte gewachsene Solidarität ist erfreulich.

Man hilft sich, man nimmt Rücksicht, man spendet – primär allerdings im eigenen Land. Vor allem in der ersten Phase der Pandemie zwang uns das Virus zur Isolation und nationalen Abschottung. Jedes Land war und ist vor allem mit sich selbst beschäftigt, der europäische Gedanke scheint in den Hintergrund gerückt zu sein.

EU auf der Suche nach Erfolgsrezept

Europa driftet auseinander, finden Schweizerinnen und Schweizer. Eine überwältigende Mehrheit von 77 Prozent hat sich im Europa Barometer 2020 so geäussert, nur 16 Prozent sind der Meinung, dass die Krise Europa zusammengeschweisst hat. Wenig überraschend finden drei Viertel aller Befragten auch, die EU sei im letzten Jahr insgesamt geschwächt worden. Das gilt allerdings in ähnlicher Masse auch für die Jahre davor. Die EU und ihre Mitgliedsländer taumelten im vergangenen Jahrzehnt von Krise zu Krise und sind noch immer auf der Suche nach Rezepten für aktuelle Herausforderungen, zum Beispiel, wie sie mit den aufgekommenen populistischen Kräften umgehen sollen.

Gegen aussen stark aufzutreten, ist unter solchen Umständen schwierig. Noch immer ringt Europa darum, in der Welt der grossen Zwei – USA und China – wieder mitzuspielen. Austausch, gegenseitiges Verständnis und gemeinsame Visionen wären für ein starkes Europa wichtiger denn je. Dafür stehen die Zeichen aber gerade schlecht. Das zeigt sich am Beispiel der Erasmus-Studenten, die, statt Bande im Ausland zu knüpfen, zu Hause bleiben. Und das zeigt sich an den protektionistischen Tendenzen, die seit Ausbruch der Krise wieder Auftrieb erhalten haben.

In Gefahr sind die Grundpfeiler des europäischen Staatenverbundes trotzdem nicht. Immerhin. In einer Zeit, in der vieles plötzlich unsicher ist, klammert sich der Einzelne an Bestehendes und Bewährtes – an gewählte Staats- und Regierungschefs wie auch an die europäischen Institutionen.

Seit über 20 Jahren ermöglicht das Europa Forum Luzern einen konstruktiven Dialog auf höchster Ebene und setzt Impulse für eine starke Schweiz und ein starkes Europa. Als Gesprächs- und Ideenplattform bringt es Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft zusammen. Weitere Informationen finden sich unter europaforum.ch

So sprachen sich die Bürgerinnen und Bürger Europas in Umfragen des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission dafür aus, der EU mehr Kompetenzen für den Umgang mit Krisen wie dieser zu übertragen.

Auch die Schweizer Bevölkerung klammert sich an Bewährtes. Und damit an Europa. Stabile bilaterale Verträge sind für sie gemäss den Europa-Barometer-Ergebnissen wichtiger als letztes Jahr. Schweizerinnen und Schweizer sind ausserdem pessimistischer geworden hinsichtlich der Frage, ob Handelsbeziehungen mit China und den USA diejenigen mit der EU ersetzen könnten. Mehr als die Hälfte der Befragten findet zwar immer noch, dass das möglich wäre, die Zahl der Skeptiker ist aber um über zehn Prozentpunkte gestiegen. Wahrscheinlich wegen der Coronakrise, vielleicht auch wegen des gefährlichen Kräftemessens zwischen den USA und China. Möglicherweise wegen beidem.

An Bewährtem festhalten darf aber nicht Stagnation bedeuten. Corona gibt zwar weiterhin den Takt vor, etwas mehr Weitsicht ist inzwischen aber möglich. In einer Krise können und sollten schon die Weichen für die Zukunft gestellt werden. So versucht die EU zum Beispiel mehr oder weniger erfolgreich, das Corona-Hilfspaket mit Klimazielen zu verknüpfen. Auch die Schweiz kann nach dem Nein zur Begrenzungsinitiative endlich wieder nach vorne schauen und die Beziehungen zur EU weiterentwickeln. Das ist gut so. Das institutionelle Rahmenabkommen liegt schon lange auf dem Tisch. Alles in allem werden wir noch einen langen Atem brauchen.

Politisch und vernetzt: So tickt die Jugend 2020



JUGEND — Immer mehr Jugendliche engagieren sich politisch und nehmen auch an Demonstrationen teil. Das liegt weltweit im Trend. Doch mit welchen Konsequenzen? Diese fiktive Reportage begleitet Stefanie* – gemäss den Resultaten des Credit Suisse Jugendbarometers 2020 eine typische Vertreterin ihrer Generation – an ihre allererste Demo.



«Wir wollen Gleichberechtigung!», rufen die Kolleginnen und Kollegen aus Stefanies Schule unisono. Sie hat sich überreden lassen, auch an der Demonstration für gleiche Löhne für Mann und Frau teilzunehmen. Trotz leichtem Regen und kühler Witterung marschieren rund 200 Personen vom Bahnhof zum Stadthaus. Dort wartet die Polizei und wird die Demonstrierenden daran hindern, die laufende Sitzung der Regierung zu stören. Doch bis dahin ist es noch ein ganzes Stück. Bis dahin ist sie ein Teil der Masse, die sich für Gerechtigkeit einsetzt.

Demonstrationen sind «in»

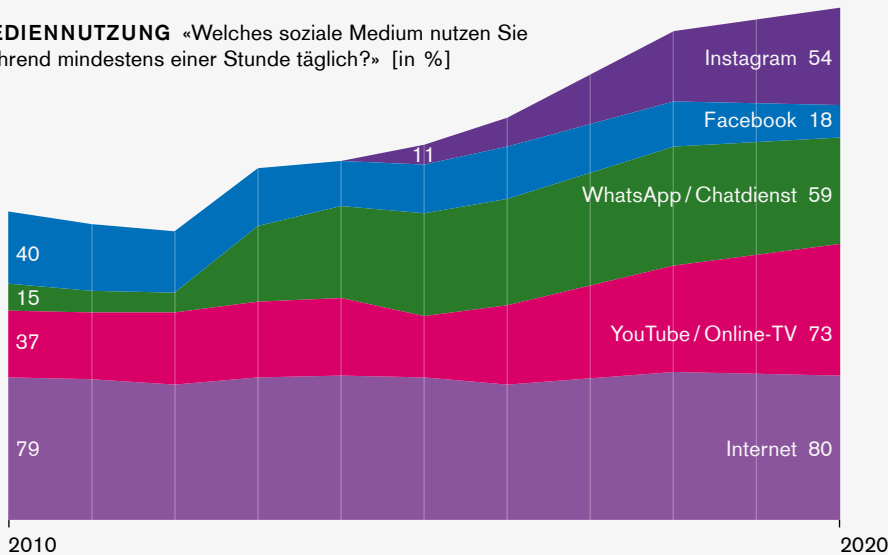
«Pass auf, Stefanie! Schau her! Endlich... und jetzt alle lächeln», ruft ihr Kumpel ihr zu, der sein Handy weit nach oben hält, um ein Selfie von der Gruppe zu schiessen. Alle lächeln, zeigen ihre Plakate mit Slogans und weisen auf ihre Anstecker auf der Brust. Die Anstecker sind mehrheitlich auf Englisch, aber auch auf Portugiesisch, Chinesisch und Deutsch.

→

* Stefanie beschreibt eine fiktive Person.
Jegliche Ähnlichkeiten mit realen
Personen sind Zufall.

1 Facebook ist längst out

MEDIENNUTZUNG «Welches soziale Medium nutzen Sie während mindestens einer Stunde täglich?» [in %]



50%

der Jugendlichen
in der Schweiz setzen
sich aktiv für die
Gleichberechtigung von
Mann und Frau ein.

Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist weltweit ein mehrheitsfähiges Thema unter Jugendlichen geworden. In Singapur, den USA und der Schweiz finden rund 50 Prozent der Jugendlichen, dass es «in» ist, sich dafür einzusetzen. In Brasilien sind es sogar 70 Prozent. Ähnlich wichtig sind für sie Klimawandel und Rassismus.

Fake News bereiten Kopfzerbrechen

Stefanie erinnert sich, dass ihre ältere Schwester früher ihre Selfies auf Facebook stellte. Vor zehn Jahren war Facebook noch «in» unter Jugendlichen. Rund 40 Prozent waren hier regelmässig aktiv. Heute sieht das anders aus: Mehr als die Hälfte verbringt mindestens eine Stunde täglich auf Instagram und WhatsApp, kaum jemand ist noch auf Facebook. Wenn sie das Bild auf ihren Kanälen veröffentlicht, möchte Stefanie auch gegen die Flut von Falschnachrichten kämpfen. Immer wieder musste sie sich über Fake News ärgern. Damit ist sie nicht alleine: Fake News gehören zu den zehn grössten Sorgen unter Jugendlichen in Brasilien, Singapur, den USA und der Schweiz. Am meisten Kopfzerbrechen bereitet aber Jugendlichen in der Schweiz die Altersvorsorge, in Brasilien die Arbeitslosigkeit, in den USA und Singapur die Coronakrise.

Toleranz und Grosszügigkeit erwünscht

Die Demonstrierenden stehen nun Auge in Auge mit der Polizei. Stefanie ruft die Parolen, bis sie heiser wird. Obwohl sich alle friedlich verhalten, spürt auch sie den Konflikt – und sorgt sich plötzlich um ihren Arbeitsplatz. Was würde ihr Arbeitgeber sagen, wenn sie verhaftet wird? Denn auch die Arbeitslosigkeit ist unter Jugendlichen in den «Top 5» ihrer Sorgen. Nur die Altersvorsorge, die Coronakrise und der Umweltschutz beschäftigen sie noch mehr. Stefanie hat ihren Traumjob in der begehrten Medienbranche erhalten. Rund die Hälfte aller Jugendlichen wünscht sich, hier Arbeit zu finden. Ähnlich beliebt sind das Bildungswesen sowie die öffentliche Verwaltung. Wo immer Jugendliche in die Berufswelt einsteigen, ist ihnen besonders wichtig, dass sie eine gute Chefin haben, die auch grosszügig und tolerant ist, einen guten Lohn bezahlt und ihnen eine moderne sowie kreative Arbeitsumgebung schafft. Home-office ist vor allem unter Jugendlichen in Brasilien und Singapur im Trend, in der Schweiz ist das nur für etwas mehr als die Hälfte besonders wichtig.

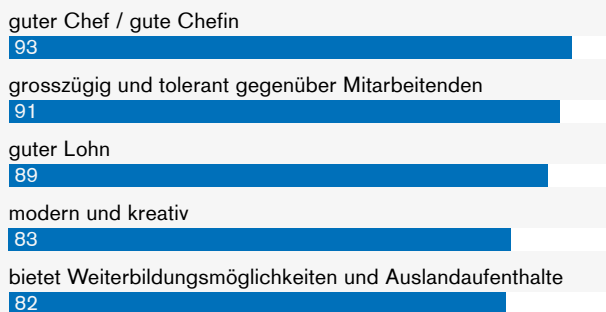
Solidarität gegenüber dem System und anderen Generationen

Stefanie jubelt. Die Session der Politikerinnen und Politiker hat geendet – mit einem Sieg für die Gleichberechtigung und ganz ohne Verhaftungen. Trotz den klaren politischen Forderungen waren die Demonstrierenden weitgehend systemkonform: Die meisten Jugendlichen unterstützen nämlich bestehende Institutionen und tragen beschlossene Massnahmen mit. Stefanie liegt nun in den Armen ihrer Kollegin und freut sich. «Nach diesem Sieg können wir nach Hause gehen und feiern – oder nun unsere Lieblingsserie schauen», lacht sie. Denn wie rund 75 Prozent aller Jugendlichen in der Schweiz nutzt sie mindestens ein bis zwei Stunden täglich Streamingdienste wie YouTube oder Netflix. Falls Stefanie kleine Schwester, die Eltern oder Grosseltern aber mitschauen wollten, wäre das auch kein Problem. Denn die Mehrheit der Jugendlichen ist sich einig: Die Solidarität zwischen den Generationen ist in diesem Jahr wieder gestärkt worden.

Zu Hause trifft Stefanie auf ihre kleine Schwester – und hofft auf eine gerechtere Welt für sie. Wofür wird sie einmal einstehen, wenn sie eine Teenagerin ist?

2 Der ideale Arbeitgeber

ERFOLGSFAKTOREN (SCHWEIZ) «Wie wichtig sind die folgenden Eigenschaften bei einem Arbeitgeber?» [in %]



Als datengetriebene Inspiration liegt dieser fiktiven Reportage das Credit Suisse Jugendbarometer 2020 zugrunde, das seit 2010 4000 junge Menschen zwischen 16 und 25 Jahren aus der Schweiz, Brasilien, den USA und Singapur befragt.

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN Credit Suisse (Schweiz) AG, Public Policy Switzerland; **PROJEKT-VERANTWORTUNG** Dr. Manuel Rybach (Leitung); Till Oehler (stv. Leitung); Florian Klemm, Elena Scherrer, Mandana Razavi, Yanik Schubiger (Mitarbeit); **IN ZUSAMMENARBEIT MIT** gfs.bern, Cloé Jans, Lukas Golder, Tobias Keller, Andreas Schiendorfer; **KONTAKT** public.policy@credit-suisse.com; **KONZEPT UND GESTALTUNG** Crafft AG; **TEXTPRODUKTION** Andreas Schiendorfer; **DRUCKVORSTUFE UND DRUCK** n c ag; **AUFLAGE** 1000

Dieses Dokument wurde von der Credit Suisse (Schweiz) AG einzig zu Informationszwecken und zur Verwendung durch den Empfänger erstellt. Die darin geäußerten Meinungen sind diejenigen der Credit Suisse (Schweiz) AG bzw. der externen Autoren zum Zeitpunkt der Redaktion und können sich jederzeit und ohne Mitteilung ändern. Hinsichtlich der Zuverlässigkeit und Vollständigkeit dieses Dokuments wird keine Gewähr gegeben, und es wird jede Haftung für Verluste abgelehnt, die sich aus dessen Verwendung ergeben können. Copyright ©2020 Credit Suisse Group AG und/oder mit ihr verbundene Unternehmen. Alle Rechte vorbehalten.

Die gesamten Umfragen
und weitere Artikel stehen
zum Download bereit auf:



Sorgenbarometer
2020

[credit-suisse.com/
sorgenbarometer](https://credit-suisse.com/sorgenbarometer)



Jugendbarometer
2020

[credit-suisse.com/
jugendbarometer](https://credit-suisse.com/jugendbarometer)

